

# „Wir tragen eine besondere Verantwortung für die Demokratie“

Teil zwei im **Jahresgespräch mit Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel**

**Salzgitter.** Wasserstoff-Campus, grüner Stahl, Elektromobilität: Salzgitter hat sich aufgemacht in die Zukunft und will mit an der Spitze laufen, wenn es um die neuen Technologien in der Industrie geht. Das hat Oberbürgermeister Frank Klingebiel im ersten Teil des Jahresgesprächs verraten. Und wie läuft es in der Stadt im Hier und Jetzt, darüber spricht er im zweiten Teil des Interviews mit der Redaktion.

## Wie wirkt sich die Flüchtlingslage auf Salzgitter aus?

Nach dem von mir im Oktober 2017 von der Landesregierung erwirkten Zuweisungs- und Zugangsstopp für Flüchtlinge, der vom damaligen Niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius im Oktober 2022 im Zuge des Ukrainekrieges in Bezug auf die Zuweisung von Flüchtlingen aufgehoben worden war, habe ich mit unserem Landtagsabgeordneten Stefan Klein die neue Innenministerin Daniela Behrens im September 2023 überzeugt, dass wir in Salzgitter weiter vor enormen Herausforderungen stehen. Wir müssen den bereits seit 2017 hier lebenden Geflüchteten nicht nur Wohnungen, Nahrung und Kleidung geben, sondern sie integrieren und ihnen Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen. Unsere Systeme mit Kita, Schule oder Sprachförderung sind an den Grenzen. Deswegen gab es die Entscheidung der Innenministerin, dass Zuweisungen maximal auf 200 Personen in einem Jahr begrenzt wurden. Ich bin froh, dass wir eine Obergrenze haben, die aus meiner Sicht über den Oktober 2024 fortgeschrieben werden muss. Nicht nur Salzgitter, auch andere Kommunen kommen bei der Leistungsfähigkeit an die Grenzen. In jedem Fall müssen wir Neidebatten verhindern und den sozialen Frieden sicherstellen. Die Leistungen in der Daseinsvorsorge müssen wir für alle anbieten, für die Einheimischen, die Zugezogenen, für die Vertriebenen und für die Flüchtlinge. Da brauchen wir mehr Beifreiheit in den Regelungen, da läuft es zu kompliziert.

## Aber die Möglichkeiten einer Kommune sind da doch sehr begrenzt, was könnte Salzgitter helfen?

Wir können die weltpolitische Lage nur europäisch lösen. Viele Staaten machen sich einen schlanken Fuß, das habe ich schon mehrfach kritisiert, und das müsste umgesteuert werden. Die



Kein Platz für Rassismus: Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel hofft auf einen breiten Zuspruch für die Demonstration am 17. Februar für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. FOTO: RWE

Kommunen in Deutschland können die steigenden Herausforderungen nicht auf Dauer erfüllen. Ich bin dankbar dafür, dass unser Ehrenamt in Salzgitter so aktiv ist, die Kirchen, die Sozialverbände, der Sport. Ich danke aber auch Lehrern und Erziehern. Die arbeiten seit Jahren unter Hochdruck. Wir haben Klassen, in den 70 Prozent der Schüler kein Deutsch sprechen, da müssen die Lehrer und Lehrerinnen erstmal damit anfangen, Sprache zu vermitteln. Die Schulen und Kitas, die da besondere Aufgaben haben, müssen berücksichtigt werden durch kleinere Klassen oder mehr Lehrer oder sozialpädagogische Fachkräfte. Da sind wir uns alle im Rat einig. Das vermitteln wir der Kultusministerin immer und immer wieder. Das ist schwierig bei der Personallage, auch das Land kann sich die Fachleute nicht leisten. Dann müssten wir zur Not die Standards absenken, also die dritte Kraft in den Kitas könnten beispielsweise auch Eltern machen oder andere Personen, die da und geeignet sind. Die Herausforderungen jedenfalls sind groß in Salzgitter, ich ziehe den Hut vor allen, die im Bildungssystem aktiv sind.

## Derzeit werden neue Schulen und Kindergärten gebaut. Ist Salzgitter in der Lage, den Anspruch der Familien auf Plätze zu erfüllen, wie verändern sich die Zahlen?

Wir müssen schneller und flexibler werden bei den Umsetzungen und Vorschriften. Aus

der 50-Millionen-Hilfe des Landes aus der Flüchtlingshilfe 2017 sollten unter anderem zwei Schulen und drei Kindergärten gebaut werden. Ich kann mich noch gut an die Pressekonferenz mit Ministerpräsident Stephan Weil im Hotel am See erinnern. Das gab die Bedarfslage damals schon her. Dann denkst du, in zwei Jahren stehen die Gebäude. Aber Landeshaushaltsordnung, Vergaberecht und viele andere Vorschriften sind bei der Realisierung zu beachten. Wir haben gerade die Spatenstiche gemacht, 2025 sind wir fertig, also nach acht Jahren. Das liegt nicht an der Technik und dem Bau, sondern es hapert an der komplexen Bürokratie. Ich finde das frustrierend, dass man dem Bedarf nicht hinterher kommt. Die Welt hat sich weiter gedreht, der Bedarf ist gewachsen, weil wir über die Freizügigkeit in der EU jetzt auch mehr Bulgaren und Rumänen nach Salzgitter bekommen haben, aber es kamen auch 1.200 Ukrainer, die alle einen Anspruch auf Schule und Kita haben. Dafür brauche ich Gebäude, aber auch Personal. Das kriegen wir nur hin, wenn wir das niederschwellig machen. Deshalb brauchen die Kommunen mehr Beifreiheit, nicht nur Salzgitter. Egal ob Ehrenamtliche oder Eltern. Wenn jemand mit Kompetenz bereit ist, in der Schule oder im Kindergarten zu helfen, sollte das gehen dürfen. Bisher ist das nicht möglich. Ohne Lehrkraft lässt sich der Rechtsanspruch nicht erfüllen. Wir bekommen dennoch ir-

gendwie noch alles hin. Pro Jahr schulen wir 1.200 Kinder ein, das sind 400 mehr als bei der ursprünglichen Bedarfslage. In einem Jahr haben wir die Grundschule Nord aus dem Boden gestampft, das war ein Riesenerfolg, mit dem wir uns alle beschäftigten. Das ist bei einem Projekt möglich, aber nicht bei zehn. Alle arbeiten am Limit. Aber selbst wenn wir die Gebäude fertig stellen, brauchen wir das Personal dafür. Dafür ist das Land zuständig, das ist bei den Standards kaum möglich. Da haben wir den Knoten noch nicht durchgeschlagen.

## Das Innenstadtprogramm ist 2023 angelaufen. Lässt sich dafür schon eine Zwischenbilanz ziehen?

Bei mir gab es viele positive Rückmeldungen. Einmal zu den Weihnachtsmärkten, die Beleuchtung im Rosengarten wurde sehr gut aufgenommen, die konnten wir über die Fördergelder aus dem Programm aber nur einmalig machen. Deshalb sind wir dabei, es langfristig in den Etat aufzunehmen. In Lebenstedt sah es mit der Weihnachtsbeleuchtung ebenfalls gut aus, ansonsten gab es Werkstätten mit einer guten Beteiligung durch die Bevölkerung, bei denen wir die Ergebnisse abwarten müssen. Positiv finde ich auch die Solarbänke, auch wenn ich für eine Demolierung wie kürzlich in Salzgitter-Bad überhaupt kein Verständnis habe. Warum jemand so etwas mutwillig zerstört, erschließt sich mir nicht. Auch bei der Innenstadt-

förderung, um die wir uns sehr bemüht haben und die wir über Europa und das Land bekommen haben, sind mir die Vorgaben zu eng. Da stelle ich mir vor, dass die Kommune sehr spezifisch und individuell darüber entscheiden dürfte, wie sie das Geld einsetzt. Die Innenstädte sind so verschieden, dass sich diese nicht einheitlich abbilden lassen. Ich hoffe, dass gute Ideen aus den Beteiligungswerkstätten nicht durchfallen, weil sie nicht in die Förderkategorie passen. Das wäre misslich, wie willst du Leute motivieren, wenn sich ihre kreativen Vorschläge nicht umsetzen lassen? Also das Verfahren läuft noch. Die Menschen sind interessiert und es gibt gute Ideen.

## In ganz Deutschland gehen die Menschen gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf die Straße, Salzgitter zieht am 17. Februar nach. Wie bewerten Sie das?

Ich bin beeindruckt über den hohen Zuspruch bei den Demonstrationen. Es geht darum, für unsere Grundrechte einzustehen, für die Menschenwürde, für das Grundgesetz. Das ist nicht selbstverständlich, dass wir frei und selbstbestimmt leben können. Die unsägliche Diskussion von Rechten aus der AfD und Wertunion in Potsdam war eine Initialzündung für viele Menschen. In Salzgitter haben wir mit unserem Bündnis gegen Rechtsextremismus immer wieder bewiesen, insbesondere auch die IG Metall, dass wir die Menschen für unsere Grundwerte, für Respekt und Toleranz mobilisieren können. Jetzt hat das deutschlandweit eine Fahrt aufgenommen und eine erfreuliche Dimension. Das ist positiv und lässt hoffen. Für unsere Stadt wünsche ich mir, dass die breite Zivilgesellschaft auf die Straße geht. Alle sollten dabei sein und eingebunden werden. Gewerkschaften, Politik, Kirchen, Sozialverbände, Sportvereine. Wenn das gelingt, wird sich Salzgitter einreihen in diesen Reigen vieler Städte und Gemeinden. Ehrlicherweise haben wir bei uns in der Stadt immer öffentlich Flagge gezeigt gegen jeden Form des Extremismus, insbesondere gegen den Nationalsozialismus. Nicht nur zu meiner Zeit als OB, sondern auch davor. Salzgitter wurde 1942 gegründet, wir haben unsere Geschichte nie verschwiegen und tragen eine besondere Verantwortung, für Demokratie und Menschenwürde einzustehen. Das ist jedenfalls meine Wahrnehmung und tiefe Überzeugung.